

Sozialistische Linkspartei / SPÖ
Österreichische Sektion des CWI/KAA
Kaiserverstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: slp@spoe.orf.at

Sozialabbau trifft uns alle!



Gegenwehr!

Sie sollen zahlen Kranke, Alleinerzieher, Frauen, Pensionisten, Ausländer, Beamte, Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten. Sie werden immer reicher: Die 0,6% der Österreicher die 1/3 des Gesamtvermögens besitzen. Die Raubritterpläne der Bundesregierung betreffen alle jene, die wenig oder nichts haben.

Andrea Koch;
Betriebsrätin ÖMV

Schon jetzt leben über 600.000 Menschen in Armut und sind hundertausende weitere davon bedroht. Mit bis zu 14.000 Schilling jährlich, die einer Familie jetzt durch die „Neuordnung“ des Beihilfensystem gestohlen werden, bedeuten für viele den totalen Abstieg. Es sind die 350.000 die netto 10.000 oder weniger verdienen, die diese Maßnahmen am härtesten trifft. Von der Streichung des erhöhten Karenzgeldes sind 50.000 Mütter betroffen. Es ist mehr als zynisch, wenn Millionenverdiener solchen AlleinerziehernInnen Sozialschmarotzertum vorwerfen, wenn sie statt 5.300,- Schillingen 8.000,- bezogen haben.

Die Reaktionen aus zahlreichen Betrieben zeigen, daß die Arbeiterschaft bundesweit nicht länger bereit ist, zusätzliche Einsparungen über sich ergehen zu lassen. In vielen, vor allem in Großbetrieben haben Betriebsräte und Belegschaften dagegen Resolutionen und Protestschreiben, oft mit Streikdrohungen, verfaßt und unterstützt. Im Gemeindebereich gab es Protestversammlungen, bei den Verkehrsbetrieben Warnstreiks. In mehreren Unterschriftenlisten, die bereits von Tausenden unterzeichnet wurden, wird die ÖGB-Spitze zum Kampf gegen das Sparpaket aufgefordert.

Die „sozialdemokratischen“ Mitglieder dieser Regierung sind voll für dieses Abkommen verantwortlich.

Sie haben sich deutlich wie nie zuvor auf Seite der Unternehmer und Spekulanten gestellt. Ihnen gegenüber kann und darf es keinerlei Parteidisziplin geben. Auf SPÖ-Konferenzen wird die Parteiführung massiv in Frage gestellt, Vranz hat als Allheilmittel ausgedient.

Der Druck aus den Betrieben ist allerdings so groß, daß selbst Gewerkschaftsspitzen wie ÖGB-Präsident Verzetnitsch gegen die Parteilinie auftreten und die Pläne der Regierung kritisieren. Sogar der Arbeitnehmerflügel der Unternehmerpartei ÖVP hat inzwischen den Unmut von unten zu spüren bekommen. Anders sind die plötzlich relativ radikalen Töne dieser Leute nach jahrzehntelangem Schweigen nicht zu erklären. Durch öffentliche Aussagen gegen das Sparpaket soll offenbar versucht werden, die Gemüter wieder zu beruhigen. Verzetnitsch hat bereits klar gestellt, daß er von Kampfmaßnahmen nichts hält. Es ist daher wichtig, die kämpferischen Kräfte in- und außerhalb des ÖGB zu sammeln, um eine einheitliche Ablehnungsfront gegen die Angriffe aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Nur so können wir die ÖGB-Führung zwingen, offensichtlich gegen das Koalitionsabkommen aufzutreten (oder zurückzutreten!). Der ÖGB muß österreichweite Kundgebungen organisieren und Betriebsrätekonferenzen einberufen, um Kampfmaßnahmen vorzubereiten.

Gegenüber der Mehrheit der Arbeitnehmer, die in einer breiten Protestbewegung auftreten, gegenüber einer



Betriebsversammlung in Wien!

Streikbewegung über Betriebs- und Parteigrenzen hinweg, wäre auch eine SPÖ-ÖVP-Koalition machtlos.

Sollte der ÖGB versagen und dieses Sparpaket Wirklichkeit werden, würden sich vermutlich tausende aus Enttäuschung „privatisieren“ und viele aus Protest Jörg Haider in die Arme laufen. Eine Regierung Haider könnte als in die Realität umgesetztes Schauermärchen die restlichen Rechte der arbeitenden Bevölkerung beseitigen.

Das Sparpaket soll aus Sicht der Unternehmer ein Meilenstein in eine Zukunft der völligen politischen und sozialen Entrechtung sein. Der ÖGB muß diesen Stein mit seinen Millionen Mitgliedern in die Hand nehmen und zum Grabstein für diese Entwicklung machen.

Wir fordern:

- ★ **Weg mit dem Sparpaket!**
- ★ **Kampf den Plänen der Bundesregierung!**
- ★ **Der ÖGB muß durch Betriebsversammlungen Kampfmaßnahmen wie Streiks vorbereiten!**
- ★ **Für eine sofortige Umverteilung von oben nach unten!**
- ★ **Für eine Gesellschaft, die sich nicht an wenigen Reichen orientiert!**

Der Standpunkt:

Italienische Verhältnisse?

„In Italien streiken sie, bei uns gehen die Sozialpartner zum Heurigen und alles paßt.“ Und wenn's sonst ein Problem gibt, ein Anruf der Gewerkschaft genügt. So oder so ähnlich wurde das Bild des „österreichischen Weges“ in der Vergangenheit gezeichnet. Und plötzlich verstehen die ÖGB-Funktionäre „die Welt nicht mehr“. Ohne sie zu Fragen, soll quasi über Nacht ein Schritt ins sozialpolitische Gruselkabinett der Vergangenheit gesetzt werden.

Das Sparpaket ist ein durchaus „italienischer“ Angriff. Seine Dimension vergleichbar mit dem, was Berlusconi derzeit versucht durchzusetzen. Wobei anzumerken ist, daß „italienische“ Politik von Unternehmern in ganz Europa betrieben wird. Die ÖGB-Führung hat das offensichtlich nicht begriffen, denn sie handelt „österreichisch“. Da nützt es auch nichts, wenn Fritz Verzetitsch Chef des Europäischen Gewerkschaftsbundes ist. Denn mystisch von irgendwelchen Maßnahmen und Strategien zu sprechen die in den Tresoren der Gewerkschaftszentralen liegen, ist die Reaktion einer ÖGB-Führung, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen will und wahrscheinlich auch nicht kann. Die klassische Form der Sozialpartnerschaft hat aus Sicht der Wirtschaftslehre ihre Schuldigkeit getan. Sie war brauchbar für diese in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs, um den Klassenfeind aufrecht zu erhalten. Der Preis, den die Arbeitslosenorganisationen im Abtausch für die Beteiligung an der Staatsmacht bezahlten, war hoch: Einerseits gab es eine schleichende Verschiebung der Einkommen zu Gunsten der Unternehmer. Und andererseits die „Entwaffung“ von ÖGB und AK als Kampfinstrumente der Bevölkerungsmehrheit. Eng verknüpft war damit auch das Wuchern von Postensachchar und die Ausbreitung des Privilegiensumpfs. Jetzt gehen die Bosse und ihre Regierung in die Offensive. Betriebsversammlungen und verbale Proteste sind als Protest auf diese Offensive eine gute Sache. Das Problem ist, daß sich die Bundesregierung einen Dreck um diese Aktionen gesichert hat. Wora reich in Österreich der 90er Jahre nicht aus um auf die größte Angriffsfront seit 1945 zu antworten. Auch mit SPO-Führung kann es hier keine Solidarität geben. Im Gegensatz zur Gewerkschaftsspitze ist den meisten Menschen klar, daß Franz und seine Spießgesellen auf der anderen Seite sind. Es ist eine Partei/Union, die in keinem einzigen Punkt die Interessen von Arbeitnehmern und Jugendlichen versteht. Wie sonst hätte ein Konsens mit der ÖVP bei diesen Verhandlungen gefunden werden können. Jetzt ist es offensichtlich geworden, daß die SPO-Spitze ein klarer Gegner in jeder politischen und sozialen Auseinandersetzung ist. Das Regier-übernehmen und die große Koalition sind eine Kampfansage an uns, vor allem auch an die SPO-Basis. Es ist ein rechter Plan in einer rechten Regierung. Wenn es gelingt, ihn umzusetzen, wird vor allem die FPÖ weiter Auftrieb erhalten. „Italienische“ Verhältnisse - also die „Forza Haider“- zu verhindern, heißt heute den Widerstand gegen rechte Politik, gleich, von wem sie kommt zu organisieren.



Von John Evers



David Mun AKÖ Wien-West

Lacinas Groschenroman

Das Regierungsübereinkommen ist eine Kampfansage an alle Arbeitnehmer und Jugendlichen. Es markiert das Ende der bisherigen Salamitaktik beim Sozialabbau. Ließ die SPÖ vor dem 10.9. noch verlaublicher: „der Aufschwung muß alle Österreicher zu Gute kommen“, so kann man dies nach Bekannwerden der Regierungspläne nur als reinen Hohn bezeichnen.

Beim Durchlesen des Regierungsübereinkommens drängt sich einem unweilbar die Frage auf, ob die Verhandlungen wirklich mit der SPO geführt wurden. Denn alles, worum es darin geht, ist, es den Unternehmern schmackhaft zu machen, in Österreich zu investieren, die Privatisierung weiterzuführen, bei den Staatsausgaben zu sparen und das Budgetdefizit auf Kosten der Arbeitnehmer zu reduzieren. Alle Schlagwörter der Sozialdemokratie wie Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit oder gar Umverteilung von Reich zu den Armen sucht man vergeblich.

Was die Unternehmer angeht, enthält die Vereinbarung u.a. folgende Punkte: „den gesamtwirtschaftlichen Ordnungsrahmen so zu gestalten, daß die heimische Industrie möglichst günstige Wachstums- und Wettbewerbsbedingungen vorfindet, die Privatisierung... fortzuführen, Wettbewerbsbeschränkungen durchzuführen, Verzicht auf unnötige Regulierungen....Attraktivierung und Stabilität des Wirtschaftsstandortes Österreich.“ Kurzum lauter Forderungen, die die Untermehrvorteiler schon lange erheben.

Für die Arbeitnehmer sieht das laut eigenen Angaben „sozial ausgewogene“ Konsolidierungsprogramm auch einiges vor:

- Anhebung der Höchstgrenze für die tägliche Normalarbeitszeit (also Lohnneinflüssen wegen Wegfall von Überstunden);
- Liberalisierung der Öffnungszeiten (Handlungsstelle soll rund um die Uhr arbeiten);
- höhere Kostenbeteiligung bei Kururlauben, die dann teilweise dem Urlaubsanspruch angerechnet werden;
- Durchförderung der Berufskrankheiten;

Bei den Beamten waren die Herren Lacina und Dietz überhaupt sehr einfallsreich:
-Aussetzen eines Biennialsprunges, das kostet Beamten ab diesem Zeitpunkt bis 8.400.- jährlich, ein jun-

ger Beamter verliert insgesamt 65 500.000.- Lebensentlohnung.
-Reduktion der Ist-Stellen um 1%,
-Aufheben der automatischen Aufrechnungen,
-Erhöhung des Durchschnittslohnes um 5 und in der Folge auf 15 Dienstsjahre,
-Verringerung der Berücksichtigung der Nebeneinkünfte (Überstunden) bei der Pension,
-bei längerer Krankheit Beschränkung der Pension auf 80% bei den Familien wird ein Teil abgehoben auf Schülerfreifahrten und Schulbüchern eingehoben, für Mütter und Väter das erhöhte Karenzurlaubsgeld abgeschafft, Saisonbeschäftigte sollen mehr in die Arbeitsversicherung zahlen oder sie bekommen weniger Arbeitslosengeld (1), Abschaffung der Familienzuschläge bei der Arbeitslosenversicherung (bei 2 Kindern 2.018 monatlich), Abschaffung der Sonderminderungen für ältere arbeitslose Arbeitnehmer, Erhöhung der Differenz zwischen Arbeitsloser und Notstandshilfe (9295 auf 75%).

Das trifft gerade die sozial Schwachen sehr stark. Eine durchschnittliche Familie verliert 4.477 öS pro Jahr. Eine alleinverdienende Bezieherin der Notstandshilfe verliert im Jahr 20% (1) ihres Einkommens, nämlich 24.216 öS.

Das ist keine vollständige Aufzählung. Es handelt sich um ein Programm, das Lacina und Kohl, das das Defizit durch einen massiven Sozialabbau auf Kosten von Arbeitern, Arbeitlosen, Beamten, Pensionisten, Familien und Studenten abbauen soll.

Die Reichen sollen zahlen

Warum das Geld nicht von denen geholt wird, die es haben, nämlich Unternehmern und Spitzenverdienern, wird von Lacina oder Vranitzky damit begründet, daß das nicht bringt. Die Logik die dahinter steht ist schnell erfindbar. Das alles entspricht genau der bürgerlichen Pro-

pagandalogie, nach der es den Arbeitnehmern besser geht, je besser es den Unternehmern geht. Denn, wenn diese wenig Steuern zahlen müssen und hohe Profite haben, dann können sie viel investieren und das schafft ja dann auch neue Arbeitsplätze. Deswegen kann die Unternehmer natürlich auch nicht besteuern, auch wenn ihre Gewinne in den letzten Jahren viel stärker gestiegen sind als die Löhne, denn dann investieren sie ja nicht mehr in Österreich und das bedeutet ja dann höhere Arbeitslosigkeit.

Es zeigt sich, daß die Möglichkeiten von Politik für die Arbeitnehmer im Rahmen des kapitalistischen Systems heute nicht gegeben sind. Folgt man den marktwirtschaftlichen Sachzwängen, dann kommt ein solches Programm heraus. Jede Verbesserung für die Arbeiter stößt an die Grenzen des Systems. Deswegen kann man nur mit einem sozialistischen Programm sozialen Fortschritt erreichen. Drohen die Unternehmer bei Steuererhöhungen, mehr Arbeitnehmerrechten oder sonstigen Verbesserungen für die Gesellschaft mit Investitionsstopp oder gar Schließen oder Verlegen der Betriebe, muß man sie enteignen. Dazu muß man auch international mit den Kollegen zusammenarbeiten, damit die Spirale zur Lohnsenkung durch Abwandern in Billiglohnländer gestoppt wird.



WIDERSTAND: Studentendemo

Guten Morgen ÖGB!

Gegen das Sparpaket formieren sich in ganz Österreich Protestinitiativen. Da sich die ÖGB-Spitze mit ihren Maßnahmen im wesentlichen auf Proteste via Pressekonferenzen beschränkt, sind einige Betriebsräte jetzt selbst aktiv geworden. „Guten Morgen ÖGB“ heißt eine Unterschriftenaktion von linken Betriebsräten aus verschiedenen Bereichen (FSC, GLB, ...). Mit der Partei auch die ÖMV. Betriebsrätin Andrea Koch und Personalvertreter Thomas Kerschbaum, beide VORWÄRTS-Unterstützer. Bundesweite Protestaktionen und eine Betriebsratkonferenz werden in der gemeinsamen Resolution gefordert.

Eine weitere Initiative ist eine Aktion am 17.12.94 (langer Einkaufsabend) auf der Mariathilferstraße in Wien. VORWÄRTS-Unterstützer und andere linke Gewerkschaften werden als Weihnachtsmänner verkleidet über die Auswirkungen des Sparpakets informiert. Am Abend findet im Restaurant „G'schamster Diener“, 1060, Stumpfgasse 19 um 19.00 Uhr eine Veranstaltung „Spart Euch Sparpaket“ statt. Am 10.12.94 organisieren einige Studentenveterine eine bundesweite Konferenz, um eine große Anti-Sozialabbaubewegung aufzubauen. Ein relativ breites Spektrum aus GewerkschaftlerInnen (GE), Gewerkschaft für alle (DFA), Gewerkschaftliche Linksblock (GLB),

Michael Gehmacher



Der Wecker läutet!

Spart Euch Euer Sparpaket! Aktionstag 17. Dezember

15 Uhr Infotisch
17 Uhr Kundgebung bei der U3-Station Neubaugasse
19 Uhr Diskussionsveranstaltung Cafe G'schamster Diener, Stumpfgasse 19, 1060 Wien
20.30 Uhr Fest! ega, Windmühlgasse

Unterschriftenliste:

Es ist Zeit aufzustehen - gegen das Sparpaket. Keine Demontage unseres Sozialsystems, keine Verlängerung der Arbeitszeiten und keine Privatisierungen! Wir fordern die ÖGB-Spitze auf, folgende Maßnahmen im Auftrag ihrer Mitglieder und der gesamten arbeitenden Bevölkerung zu ergreifen: Informationsveranstaltungen in allen Bereichen, bundesweite Konferenz aller Betriebsräte, um Kampfmaßnahmen vorzubereiten, bundesweiter Aktionstag mit Kundgebungen in allen Bundesländern spätestens 31. 1. 1995. Diese Unterschriftenlisten kann man bei uns anfordern: Vorwärts, PF 2, 108 Wien

Sozialist kämpft für Soldatenrechte!

Rechte schaffen und haben? Eine Sache, die auch die ohnehin üblichen, kritische Elemente vom Bundesheer abzuhalten. Die Mehrheit der Jugendlichen geht zum Heer. Die darf man nicht dem dort herrschenden Geist überlassen.

Vorwärts! Du kommst jetzt als Ersatz-Mitglied in die parlamentarische Bundesheer-Beschwerdekommission. Was sind die Aufgaben dieser Einrichtung?

Heinrich: Die Kommission, die von den Parlamentarierinnen entsprechend ihrer Mandatstärke besetzt wird, behandelt Beschwerden von Soldaten über Mißstände, erlittenes Unrecht, Schikanen durch Vorgesetzte.... Die Kommission gibt bezüglich der Beschwerdeabklärung eine Empfehlung an den Minister. Man muß solche Möglichkeiten natürlich voll ausschöpfen. Doch eine echte Möglichkeit die Situation der Soldaten zu verbessern, gibt es in vielen Bereichen nicht. Sein Recht muß man sich durch öffentliche Aktionen erkämpfen.

Vorwärts: Dank für das Interview!

Warum bist Du als Vorwärts-Unterstützer zum Bundesheer gegangen? Was waren Deine politischen Überlegungen?

Heinrich: Grundätzlich ist der Zivildienst eine zu verteidigende Errungenschaft. Aber er hat auch die objektive Funktion, kritische Elemente vom Bundesheer abzuhalten. Die Mehrheit der Jugendlichen geht zum Heer. Die darf man nicht dem dort herrschenden Geist überlassen.



Zur Hölle mit der Kirche

Wir gratulieren! Kurt Krenn, Weihbischof von St. Pölten wird zum Generalpfrarrer ernannt. Jetzt können wir endlich auch im TV die „geradlinigen“ Sprüche des katholischen Rechtsaufstieges genießen.

Michael Hotagner AKÖ Wien-Ost

Jedoch die Einschaltquoten für ein derartiges Spektakel dürften nicht allzu üppig ausfallen, denn mit seinen letzten Aussagen hat sich Krenn wieder einmal ins Aus befördert. Wie vom Teufel besessen fordert er die Einhaltung seiner mittelalterlichen Vorstellungen von den Gläubigen ein. Die Meinung, daß wiederverheiratete Kirchengänger nicht mehr die „heilige Kommunion“ für Nichtehrenten (Oblaten) empfangen dürften, teilen nur wenige. Allgemein sind gerade mal 21% der Gläubiger der Auffassung, daß die Kirche in ethischen Angelegenheiten ein Mitspracherecht haben sollte. Von diesen 21% teilen 5% die Ideen von Krenn. Innerhalb haben Krenn & Co. aber noch 11% der Katholiken hinter sich.

Für den Papsi ein Grund, mehr Ehrfurchung, Respekt vor dem... Nerven-VORWÄRTS zum sozialistischen... Druck: Eduard-Beck, Birkbeck, 1200 Wien.

Kurz & Bündig ren muß hingegen Minister Lischinak. 800 Millionen sollen für einen 4.000 Mann starken Grenzschutz ausgegeben werden. Schließlich muß Österreich ja vor den wilden Horden aus dem Ausland geschützt werden.

Angriffe auf die Arbeitszeit Bei den Regierungsverhandlungen kamen Modelle für eine längere Arbeitszeit (Folge: es werden weniger Überstunden bezahlt) auf. Und das in Zeiten, in denen nur mehr die Minderheiten der Arbeitnehmern eine „normale“ Arbeitszeit hat. Teilzeit, Kurzarbeit, Nachtarbeit sind weiter im Steigen begriffen.

Innsbruck-Demonstration Nach dem geheimnisvollen Tod eines Antifaschisten wurde jetzt ein neuer Skandal rund um das Innsbrucker Rechtsextrementreffen im Oktober bekannt. Laut Aussagen des ehemaligen Nationalratspräsidenten Gerulf Sixt (FPÖ) würden vor dem „Freiheitsschritt“ in Innsbruck die linken Gegendemonstranten überwacht, Telefone und Mailboxen seien abgehört worden, Sixt legte eine Liste von Telefonprotokollen vor. Möglich machen das laut Sixt, Vertreter der Kurzarbeit des SPÖ, Nebenbei sei nochmals an das Morddrohungen, die ein AKÖ-Mitglied nach der Attacke von Meisberger gegen den Antifa-Komitee erhielt, erinnert.

„Erfolg bei der GPA“ Die Initiative „Plattform für das passive Betriebswahlrecht für Immigrantinnen und Immigranten“, bei der auch Vorwärts-Unterstützer mitarbeiten, brachte einen Initiativvertrag beim 13. Gewerkschaftstag der GPA ein. In diesem Antrag forderten wir, daß eine Kampagne für das passive Betriebswahlrecht in Gewerkschaften und Betrieben gestartet werden soll. Es war schon überraschend, daß sich genug Delegierte fanden, die den Antrag formal einbrachten. Daß er dann auch noch angenommen wurde, war ein sehr großer Erfolg!

Angriffe auf die Post Bei der Post werden Stellen eingesparrt - und zwar, nicht nur wegen einiger hundert, sondern es werden schon mehr sein werden“, heißt Post-Generaldirektor Josef Sindedka. Der Brief- und Paketdienst der Telekomunikationsbereich sollen getrennt werden. Auch das alles nur Vorgriffe auf die drohende Privatisierung?

Wird auch das gespart? Durch das neue Sparpaket wird bei uns allen gespart. Nicht spa-

Schlachtfeld Bosnien!



Es ist der dritte Winter im Krieg für Ex-Jugoslawien. Die Aktion „Nachbar in Not“ läuft jetzt wieder auf Hochtouren. Alle spenden sie, der Kanzler, die Minister, die FPÖ,...aber vor allem Millionen österreichische Arbeitnehmer. Die Heuchelei der Regierenden und der Betrug an den kleinen Spendern ist grenzenlos: Denn gleichzeitig sind zehntausende Bosnier noch immer nicht als Flüchtlinge anerkannt und werden Unzählige abgeschoben und abgewiesen. Elend und Perspektivlosigkeit für alle Volksgruppen gehen weiter und sind zur „Gewohnheit“ geworden. Keine Chance für den Frieden 1995?

von **Thomas Prieler**,

AKÖ Wien-West
Durch eine kräftige finanzielle Unterstützung der islamischen Staaten, ist es den Moslems innerhalb eines Jahres gelungen, eine schlagkräftige Armee aufzustellen. Die Situation heute: Eigene Uniformen, jeder hat eine eigene Waffe und genügend Munition. Die Folge: Mitte November gelang den Moslems und Kroaten gemeinsam ein erfolgreicher Schlag gegen die bosnischen Serben. Erstmals im Bosnien-Krieg konnten sie eine Fläche von 350 Quadratkilometer erobern und vertreiben 11.000

serbische Familien.

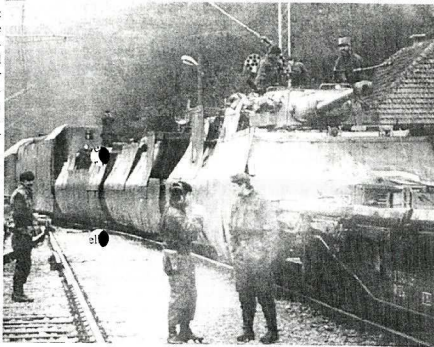
Radovan Karadžić, serbischer Anführer in Bosnien, stellte darauf alles für den Gegenschlag zu Verfügung und gewann letztendlich die verlorenen Zone um Bihać zurück. Eine weitere Episode im „endlosen“ Krieg.

Wie kam es zu dem Krieg

„Die Geschichte des Balkans ist doch voll von kriegerischen Auseinandersetzungen, das liegt denen halt im Blut“, lautet ein gängiges Vorurteil. Doch das erklärt nicht warum Jugoslawien 40 Jahre im relativen

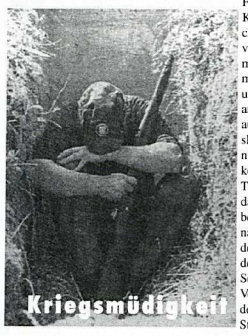
Frieden gelebt hat und die Konflikte jetzt hervorgebrochen sind. In der Geschichte vor 1945 war der Balkan immer der Spielball der Großmächte. Vor allem Kroaten und Serben wurden gegeneinander ausgespielt. Es gab aber auch immer eine „panjugo-slawische Idee“, die letztlich nur von den Kommunisten konsequent vertreten wurde. Titos Partisanenarmee, die das Land vom Faschismus befreite, war eine multinationale Streitkraft. Ihr Sieg war der Grundstein zur Eingliederung des Landes. Weitere positive Schritte wurden gesetzt: Die Verstaatlichung und Planung der Wirtschaft. Doch obwohl Stalin Tito bekämpfte, über-

nahm Tito im Grunde Stalins Herrschaftssystem: Nicht das Volk sondern eine allmächtige Bürokratie beherrschte das politische und wirtschaftliche Leben. Der Unterschied zwischen Jugoslawien und den meisten andern stalinistischen Staaten bestand vor allem in der Isolation von Titos Staat, der ihn zu mehr Flexibilität und Zugeständnissen gegenüber den Massen aber auch dem Westen zwang. Der Aufschwung, den Jugoslawien zunächst nahm, war enorm, aber durch die Bürokratie beschränkt. Ein wesentlicher Punkt, das Nord-Süd-Gefälle, wurde nicht beseitigt. Nationalitätenkonflikte wurden von verschiedenen Gruppen der Bürokratie immer wieder benutzt, um die Arbeiter zu spalten. Bereits unter Tito kam es zu Zersetzungsentscheidungen, die sich nach dem 20. Juni 1980 beschleunigten. Entscheidend den Anteil dabei hatte der Westen: Der Internationale Währungsfonds zwang Jugoslawien, auf Grund der hohen Verschuldung, zu einem rigorosen Sparprogramm. Mazedonien, Montenegro und der Kosovo gingen bankrott. In ganz Jugoslawien kam es darauf hin Ende der 80er Jahre zu gewaltigen Streikwellen. Arbeiter aller Nationalitäten organisierten sich ge-



meinsam. Das Problem war, daß es kein klares Programm über den Kampf für Lohnverbesserungen hinaus gab. Die Lohnverbesserungen wurden von der Inflation sofort zunichte gemacht. Erst das Abheben dieser Kämpfe machte den Weg frei für das nationalistische Chaos. Die Belgrader Bürokratie schickte unter einem Vorwand die Armee in den zu 90% von Albanern bewohnten Kosovo und begann die Rechte der Mehrheitsbevölkerung brutal zu unterdrücken. Die herrschende Clique in Slowenien und Kroatien nahm

das zum Anlaß, sich zu verabschieden. „Man wolle nicht mehr für die Nichtstauer und Barbaren im Süden zählen“, Belgard wollte die Unabhängigkeitsbewegung durch den Einmarsch der Bundesarmee verhindern. Der Westen war lange Zeit gespalten: Die Jemen die in Kroatien und Slowenien bereits einiges investiert hatten (wie Deutschland und Österreich), unterstützten die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens und halfen mit, das ehemalige Jugoslawien in sich feindlich gegenüberstehende „Nationen“ zu spalten. Anderen,



Kriegsmüdigkeit!

"Objektive" Medienberichterstattung

Ein Krieg spielt sich nicht nur auf der militärischen Ebene ab, die „Medienchlacht“ spielt eine wichtige Rolle. In Österreich und in Deutschland wurde von Anfang an ein klares Freund- und Feindbild geschaffen. „Junge-Bomber über Graz!“ (titel die Kronzeitung am Tag des Kriegsbeginns). Aus den Serben wurden die „Schlichter vom Balkan“. Der „liberale“ Hans Rauscher schrieb am 26.6.91 im Kurier:

„Natürlich trifft nicht nur die Serben die alleinige Schuld, aber ihre großserbischen Träume sind in letzter Analyse der eigentliche Grund, warum sich die anderen im jetzigen Jugoslawien nicht wohl fühlen. Österreich sieht das klarer als die EG und die USA“. Kein Wort von der Unterdrückung der Serben in Kroatien und vom kroatischen Nationalismus. In „letzter Analyse“ sieht ja doch die Serben mit ihren „großserbischen“ Träumen schuld, Was auch dem Standard nicht gefiel! Als „Kleinrä-

gerung fallen, heuerte voll bei Bosnien an und kassierte großzügig Spenden aus den islamischen Staaten. Zur zentralen Strategie von Ruder Finn wurde es, die Moslems als die unschuldigen Opfer und Märtyrer den internationalen TV-Stationen zu präsentieren. Mit Erfolg, so wurden z.B. die Sanktionen gegen Serbien-Montenegro wesentlich verstärkt, nachdem die Medien über eine Granate, die in eine wartende Menschenschlange gefeuert wurde, berichteten. Bei der Verschärfung der Sanktionen ging

man davon aus, daß die Granate aus serbischen Stellungen abgeschossen wurde, was keineswegs bewiesen ist und von den französischen Zeitungen „Le Monde“ und „Liberte“ bestritten wurden. Unabhängig davon, woher die Granate kam, beweist dieses Beispiel den enormen Einfluß der Medien auf die Weltpolitik. Wer kontrolliert eigentlich CNN? Diese und einige andere Fragen bleiben für viele der einfachen TV-Konsumenten unbeantwortet.

wie den USA, war es zunächst egal - Hauptsache Ruhe und Ordnung kehrt wieder ein. Der zunächst vor allem kroatisch-serbische Krieg verlagerte sich zunehmend auf Bosnien. Kroaten und Moslems kämpften, als Mittel zum Zweck, gemeinsam in einer Front gegen die bosnischen Serben, die mittlerweile 70% von Bosnien kontrollieren, obwohl nur ca. 31 Prozent der Bevölkerung sich als Serben deklarieren. Der Krieg in Bosnien ist kein Krieg der „Nationen“, es geht rein um Gebietsgewinne, die reich an Bodenschätzen und Energiequellen sind (z.B. Kohlevorkommen um Bi-

wakei über den Balkan bis in die Türkei brodeln es bereits. Der Funke könnte leicht überspringen.
Kampf dem Krieg
Ist eine Intervention der NATO oder UNO die Lösung? Nein, sicher nicht! Im Gegenteil, die Gebiete in Jugoslawien würden erst nach „westlichen“ Gesichtspunkten geteilt werden. Konkret hieße das: Verteilung und Vernichtung vor allem der Serben. Diese Trennungslinien würden niemals akzeptiert werden, die „Libanisation“ (also ein Dauerkrieg) die Folge. Natürlich hat jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung, doch keine Führung der jeweiligen Gruppe geht es darum. Alle Kriessparteien haben nur ein Ziel - Machtgewinn! Keine Armee führt einen gerechten Krieg. Eine Teilung des Vielvölkerstaates Bosnien in „ethnisch einheitliche Minderheiten“ ist erstens nur durch Säuberungswellen möglich und zweitens eine Illusion. Die Bevölkerung teilt sich nicht in „Rassen“, Moslems, Serben und

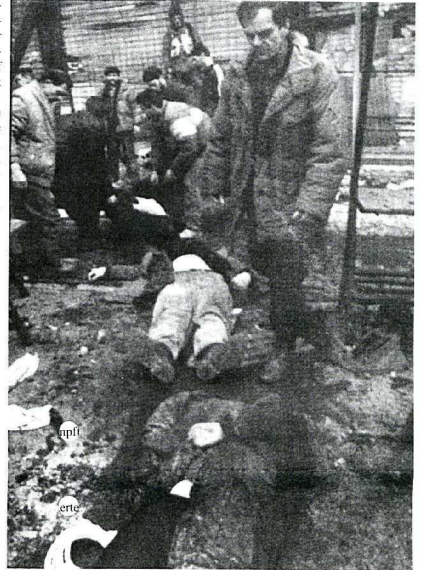
Kann der Westen den Frieden bringen?

In den westlichen Staaten hatte man schon genügend Pläne, wie die jugoslawische Krise zu lösen sei. Die verschiedenen Vance-Owen und Vance-Stoltenberg-Pläne sind jedem ein Begriff. Die Grenzen der Teilungspläne wurden auf den Schreibtischen in Brüssel gezogen. Und wieviel haben sie genutzt? Nichts! Wie oft hat es schon Waffenstillstandsabkommen gegeben, die nicht eingehalten wurden? Hinter diesem Krieg stehen bestimmte Interessen, diesen auch fortzuführen. Spekulanten und Unternehmer, Waffenschmücker und Politiker, denen es nur um Machtgewinn geht, sind dafür nur einige Beispiele.

Die USA und die EU installieren UNO-Schutztruppen. Doch wie schauen diese aus? In der Schutzecke von Sarajevo sind Treibstoff und Lebensmittel schon bald für die UNO-Soldaten Mangelware - von einer Versorgung der Bevölkerung kann keine Rede sein. Die UNO-Soldaten selbst sind schlecht ausgerüstet, z.B. ist nur jeder 5. UNO-Soldat im Besitz einer Waffe. Die Vereinten Nationen sind politisch gespalten! Die einen haben Angst vor einer Eskalation, die anderen wollen den Serben eins aussuchen und die dritten setzen sich gegen die Gefahr des „Panslawismus“, der angeblich von Rußland aus gesteuert wird, zur Wehr. Am liebsten würde der Westen aber einfach das Land sich selbst überlassen. Dabei gibt es jedoch wesentliches Problem: Nicht nur in Bosnien ist die Lage gespannt. Von der Slo-

weien über den Balkan bis in die Türkei brodeln es bereits. Der Funke könnte leicht überspringen.
Kampf dem Krieg
Ist eine Intervention der NATO oder UNO die Lösung? Nein, sicher nicht! Im Gegenteil, die Gebiete in Jugoslawien würden erst nach „westlichen“ Gesichtspunkten geteilt werden. Konkret hieße das: Verteilung und Vernichtung vor allem der Serben. Diese Trennungslinien würden niemals akzeptiert werden, die „Libanisation“ (also ein Dauerkrieg) die Folge. Natürlich hat jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung, doch keine Führung der jeweiligen Gruppe geht es darum. Alle Kriessparteien haben nur ein Ziel - Machtgewinn! Keine Armee führt einen gerechten Krieg. Eine Teilung des Vielvölkerstaates Bosnien in „ethnisch einheitliche Minderheiten“ ist erstens nur durch Säuberungswellen möglich und zweitens eine Illusion. Die Bevölkerung teilt sich nicht in „Rassen“, Moslems, Serben und

schieben wollte. Mit nationalistischen Hetzern muß Schlächter gemacht werden. Erst ein Sturz der eigenen Regierungen ist in Ex-Jugoslawien und der Hinmursch „des Westens“ ist der erste Schritt für eine friedliche Neuordnung. Der Krieg am Balkan hatte große Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. In Serbien fiel die Industrieproduktion um ca. 40% zum Vorjahr. Die Arbeitslosenrate lag 1993 bei 25%, das Realeinkommen sank um 61% und 1,2 Millionen bekamen keinen Lohn ausbezahlt. Die serbische Regierung veranlaßte die starke Rektionen gegen die Politik der bosnischen Serben zu richten. Dadurch konnten die Serben in der EU und UNO Ansehen gewinnen. Wiedereinmal zeigen sich die wahren Interessen. Milošević verrät plötzlich „die großserbische Nation“, der Westen arbeitet mit dem „neuen Hitler“ zusammen. Der imperialistischen Politik der UNO und der EU, aber auch den nationalistischen und rassistischen Regierungen im ehemaligen Jugoslawien, muß der Kampf angesagt werden. Die arbeitende Bevölkerung am Balkan hat nichts mehr zu verlieren, aber den Frieden zu gewinnen!



Was ist Nationalismus?

Der Begriff der Nation wurde im 18. Jahrhundert geprägt und ist verknüpft mit dem Aufstieg und Sieg der kapitalistischen Produktionsweise. Der Kapitalismus brauchte große wirtschaftliche Räume, um sich voll entfalten zu können. Die mittelalterlichen feudalen Strukturen (Zunfts; lokale, landmännliche und beruflichen Unterschiede) waren zu einem Hemmschuh geworden.

Harald Kraochvitz, SJ Brigittenau

Doch die wirtschaftlichen Bedingungen alleine reichten nicht aus, eine Nation zu bilden. Sie entwickelte sich auch dank der Gemeinsamkeit der Sprache und des Territoriums. Die Sprache war ein wichtiges Werkzeug der Handelsbeziehungen der Menschen. Weiters fordert der Kapitalismus auch große, staatlich zusammengeschlossene (gleiches Rechtssystem, gleiche Handelsmaße, usw.), vereinigte Territorien.

Mit der Entwicklung der Nation, des Nationalstaates, entwickelte sich auch ein Nationalgefühl. Zwar gibt es ein allgemeines Nationalbewußtsein, daß aufgrund zum Beispiel gleicher äußerer Lebensbedingungen wie Landschaft, Klima usw., aber auch überlieferter Traditionen (nationale Besonderheiten) in der Psyche der Menschen verankert ist. Doch gibt es auch ein klassenunterschiedliches Nationalgefühl. Die Bourgeoisie benö-

tigt den Nationalstaat, um ardentlich „wirtschafte“ zu können, das heißt um „ihre“ Produktionsbedingungen aufrechtzuerhalten. Sie braucht auch den „nationalen“ Staatsapparat, um ihre Interessen im Innern und Außen abzuschirmen. Das Proletariat ist von seiner Position her sowohl eine nationale, als auch internationale Klasse. Sie ist national, weil sie Teil der kapitalistischen Nation ist und international, weil sie Teil der internationalen Arbeiterklasse ist, die durch gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen geprägt, ein gemeinsames Ziel, die Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung verfolgen muß. Es gibt also keine einheitliche nationale Psyche, daß die einen Interessens in der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung haben und die anderen diese Ausbeutung brechen wollen. Der Nationalismus wird von den Herrschenden dazu verwendet, um die Arbeiterklasse selbst geschaffen werden.

Kroaten lebten jahrzehnte lang Tür an Tür, bzw. in der selben Familie. Die Krise am Balkan kam nur durch ein gemeinsames Auftreten aller derjenigen, die durch den Krieg am meisten zu leiden haben - die arbeitende Bevölkerung - gelöst werden! Immer wieder gibt es Initiativen der jeweiligen Dorf oder Stadt - Bevölkerung sich gemeinsam gegen die angreifenden Armeen und deren Regierungen zu wehren. Das sind die Schritte was eine wirklicher Friede aufgebaut werden könnte. Ein weiterer Ansatz zeigt sich auch in Serbien. Dort formierte sich eine Gewerkschaftsbewegung (NEZAVISNOST), die der serbischen Regierung einen Krieg vor-

um die internationale Zusammenarbeit des Proletariats zu verhindern. Durch die Schürung des Nationalstolz, versuchen die Bürgerlichen, ein Klassenübergreifendes „Wir-Bewußtsein“ zu schaffen, daß das reale Verhältnis zwischen Ausbeuter und Ausbeuteten verwischen soll. Dadurch, daß die Nation als etwas dargestellt wird, worin alle gemeinsam zu kämpfen haben, sollen die Arbeiter zu Unterstützern des herrschenden, ausbeutenden Systems gemacht werden. Sie ketten sich an ihre Ausbeuter, in dem Glauben, für „ihre“ Nation zu kämpfen, die in der Realität nie die ihre war. Der entscheidende Widerspruch besteht aber darin, daß der Kapitalismus eine weltweitproduzierende Wirtschaftsfaktor geworden ist. Wie einst im Feudalismus, sind die inneren Grenzen zu einem Hemmschuh für die weitere Entwicklung geworden. Diese Grenzen kann er aber selbst nicht abtuen, wie zwei Weltkriege und die Herausbildung von Wirtschaftsräumen bewiesen. Eine weltweit planende Ordnung ohne Grenzen wäre notwendig. Diese kann nur von der Arbeiterklasse selbst geschaffen werden.

Jetzt ist es da!
Das neue **VORWÄRTS**, jetzt größer und noch besser! Das neue **VORWÄRTS** kann man jetzt noch leichter abonnieren
Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue **VORWÄRTS** gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein **VORWÄRTS-ABO** für:
 - 5 Nummern zu € 50 (inkl. Porto)
 - 5 Nummern zu € 100 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu € 200 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu € 100 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu € 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von **VORWÄRTS** und möchte:

- mich persönlich mit einem **VORWÄRTS**-Unterstützer treffen
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS** zum Weiterverkauf (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Brochüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Gerade jetzt: VORWÄRTS

1994 war ein Jahr, das für uns **VORWÄRTS** 'er sehr erfolgreich war. Seit Anfang des Jahres erscheint **VORWÄRTS** monatlich und in Großformat mit rot Kopf. 1994 hat sich eine Menge getan und wir haben uns bemüht, die aktuellen Geschehnisse aus marxistischer Sichtweise zu berichten und kommentieren. Auf der außenpolitischen Ebene war das z.B. der Krieg in Jugoslawien, Ruanda und Südafrika, auf der innenpolitischen die rassistischen Ausländergesetze, das Erstarken von Haider und der FPÖ und natürlich die Wahlen und das Sparpaket.

von **Soňa Grusch;**
für die Redaktion

Wir haben all das und noch viel mehr in **VORWÄRTS** kommentiert, haben Aktionen und Veranstaltungen dazu gemacht und Broschüren herausgegeben.
All das war nur möglich durch den unermüdeten Einsatz unserer UnterstützerInnen und LeserInnen. Jede Woche gibt es an mehreren Orten in Wien und auch im restlichen Österreich Straßenverkauf. Auf allen wichtigen Demonstrationen, Aktionen und Veranstaltungen findet man **VORWÄRTS**-VerkäuferInnen und oft werden wir schon begrüßt mit: „Ihr seid ja wirklich überall!“
Unser Ziel ist es, möglichst viele mit unseren Ideen zu konfrontieren, dar-

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
- ★ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie entgeltet werden!
- ★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
- ★ kein Anverkauf der Verstaatlichten!
- ★ Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien! Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
- ★ Neln zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
- ★ Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
- ★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
- ★ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Lohnverhandlungen gegen die Gewerkschaft und ihre überhöhten Forderungen“ wird in manchen Zeitungen relativ offen gewertet

VORWÄRTS ist noch keine Tageszeitung aber wir versuchen hier einen Gegenpol zu bilden. Wir kritisieren das Sparpaket und die SPÖ, die es mituntesetzt, wir werden aktiv gegen Haider und gegen Neonazis und wir wehren uns gegen Angriffe auf unsere Rechte und unseren Lebensstandard. Wir kritisieren das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem - die Marktwirtschaft - in dem wir Leben und das für die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt Underdrückung, Hunger und Elend bedeutet. Konsequenter Kampf gegen die stalinistischen Diktaturen in Osteuropa hat ebenfalls immer zu unserem Programm gehört. Und obwohl das Wort von den Medien ständig durch den Dreck gezogen wird, scheuen wir nicht davor zurück zu sagen, daß wir für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen. **VORWÄRTS** hat es sich zum Ziel gesetzt, all jene, die das auch wollen, zusammenzufassen und in ihrem Kampf zu unterstützen.

Um all das zu erreichen, brauchen wir eure Unterstützung - und zwar in jederlei Hinsicht. Beim Zeitungsverkauf werden wir oft gefragt: „8-Schilling, wofür ist denn das?“. Die 8-Schilling reichen nicht einmal aus, die Druckkosten zu bezahlen. Um die Differenz und unsere sonstigen Ausgaben (Miete für unser Redaktionsbüro, Telefon, etc.) sind wir auf Spenden angewiesen. 1994 haben wir unser Kampffondsziel dank Eurer Unterstützung erreicht und sogar überschritten. 1995 wird sicher kein ruhiges Jahr werden. Das Sparpaket und der Aufstieg Haider werden sozialistische Arbeit nötiger als bisher machen. Wir stehen am Ende der sozialpartnerschaftlichen Nachkriegsordnung und vor einer Periode von massiven Angriffen auf die Arbeiterklasse.

Und nun am Ende dieses Artikels gehts um dieses Thema. Wir wissen, daß es schwer ist, sein mühsam erarbeitetes Geld wieder herzugeben. Trotzdem ersuchen wir Euch darum. Wir brauchen Euer Geld um **VORWÄRTS**, daß ja EURE Zeitung ist, weiterhin herausgeben zu können. Jede Unterstützung ist wichtig und bringt uns ein Stück weiter. Und im Zeitalter der Technik gehts auch ganz leicht. Du gehst zur nächsten Post, und überweist uns Deine Spende auf unser Konto: PSK 8812.733

Eine besonders große Unterstützung wäre es uns, wenn Deine Spende regelmäßig ist. Das läßt sich mit Hilfe eines Dauerauftrages ganz leicht machen und gibt uns eine sichere Basis für unsere Arbeit.
Oder Du abonnierst **VORWÄRTS** (falls Du bereits Abonnent bist) wie es doch das ideale Weihnachtsgeschenk - abseits vom Konsumer). Für 1995 haben wir uns € 50 Ziel von 100 neuen Abonnenten gesteckt - und Du solltest dabei nicht fehlen.
Wir wissen, daß es nicht ähnlich ist, für politische Arbeit um Geld zu fragen. Aber wir müssen es tun, um weitmachen zu können - und wir sind auch insofern froh darüber, als uns jede Spende zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind.
Vielen Dank im voraus für Deine Spende!

Termine

21.12.1994: Das AKÖ Wien-West plant "Aktionen gegen das Sparpaket"

6.1.1995: "Esoterik und Faschismus" ist das Thema einer Diskussion im AKÖ Wien-Süd

19.1.1995: Das AKÖ Wien-Ost schaut stolz auf seine erfolgreiche erste Vierteljahr zurück. Deshalb gibt es die erste Gruppenkonferenz. Für Spaß und Stimmung ist gesorgt!

Wo Ihr uns treffen könnt:

Wien
SJ 3/ Gruppe COMMUNE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
3, Zentrum Erdberg
Lechnerstr. 2-4

Sozialistische Jugend 20:
jeden 1.Mittwoch im Monat
19 Uhr
20, Allheringplatz 17

AKÖ Wien-Süd:
jeden Freitag 19 Uhr
5, "Rotpunkt"
Reinprechtsdorferstr.6

AKÖ Wien-West:
jeden Mittwoch 19 Uhr
15, Goldschlagstr. 26
(im Jugendkeller)

AKÖ Wien-Nord:
jeden Donnerstag 18 Uhr 45
20, Allheringplatz 17
Ecke Donauwachtgasse / Vorgeantstraße

AKÖ Wien Ost
jeden Donnerstag 19 Uhr
11, Haugasse 8

Bundesländer
Wels, Salzburg
und Wr. Neustadt
Infos über die Hotline
0222/59 70 432



Internationales



Arrivederci, Berlusconi

Der Stern Berlusconis ist trotz des Sieges seines Fußballklubs gegen Salzburg im Sinken begriffen. Die Arbeiterklasse hat sein korruptes Regime durch Massenproteste schwer erschüttert.

von **Ali Krupic**
SJ/Wels/Brocade

Einige Kommentatoren kündigen bereits das Ende der Drei-Parteien-Regierung an, bestehend aus Forza Italia, Lega Nord und Allianz Nazionale unter Berlusconi Führung an. Gianfranco Fini, Führer der faschistischen Allianz Nazionale hat schon des Öfteren mit dem Aussitzen der Regierung gedroht. Er will dem Ruf nach einem „starken Mann“ folgen und sich selbst an die Spitze des Staates setzen. Es scheint als hätte das Zupferfeld Berlusconi für Italiens Neofaschist ausgedient. Beim zweiten Koalitionspartner schaut es auch nicht anders aus. So meinte zum Beispiel der Lega Nord-Spitzenopponenter und Bürgermeister von Mailand Formigoni: „Wir müssen andere Koalitionen eingehen“. Auch weiterte sich die Partei Umberto Bossi, die Lega Nord, bei den vorgehenden Kommunalwahlen gemeinsam Bürgermeister zu stellen.

Einigen weiteren Nährboden für solche Vermutungen stellen die Niederlagen Berlusconi und seiner Forza Italia bei den jüngsten Kommunalwahlen in Italien dar. Beim zweiten Wahlgang am 5. Dezember mußte Berlusconi eine weitere schwere Niederlage einstecken. Seine Partei erreichte gerade 8,6 % der Stimmen und ist somit nur mehr 4. stärkste Partei. In 4 der 6 Provinzhauptstädte, in denen gewählt wurde, siegten die Oppositionsparteien. Immer mehr verdeutlicht sich eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Allianz Nazionale. Diese neue „moderne“ rechtsextreme Sammlungskraft hat das Erbe des Mussolini-Faschismus an.

Berlusconi gewann die Wahl im März mit Versprechen wie der Korruption, die in Italien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges herrschte, ein Ende zu bereiten, der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Million neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es sollte ähnlich wie in Österreich eine Umverteilung von „Unien“ nach „Oben“ durchgeführt werden. Von seinen Wahlversprechen hat Berlusconi kaum etwas gehalten. Statt neuer Arbeitsplätze kam es zu Kündigungen und tausende Arbeiter verloren ihre Jobs. Und anstatt mit der Korruption aufzuräumen, steht Berlusconi selbst unter Korruptionsverdacht. Er setzt nun alles daran, die Ermittlungstätigkeiten durch Gesetze zu erschweren. All das veranlaßte die Arbeiter, Schüler, Studenten und Pensionisten, massenhaft gegen ihn zu demonstrieren. Bei seinen Freunden aus der Wirtschaft wird auch allmählich der Ruf nach einem „starken Mann“ wieder laut. Es ist ihm auch nicht gelungen, die Talfahrt der italienischen Wirtschaft zu stoppen. Im Gegenteil! Kaum ein Tag verging in den letzten



Monaten, an dem kein Streik oder keine Demonstration stattfand. Am 14. Oktober wurde der Generalstreik ausgerufen. Daran beteiligten sich rund 10 Millionen Arbeiter. Mit einer Streikbeteiligung von knapp 90% war er einer der größten in der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung. 63 % der italienischen Bevölkerung, das sind Generalstreik die passende Antwort auf die Politik der Regierung war. Berlusconi anfänglicher Kommentar: „Man soll arbeiten und nicht streiken“. Einen weiteren Höhepunkt erreichte die Bewegung am 12. November. In Rom demonstrieren rund 1,5 Millionen Menschen, die aus allen Landesteilen gekommen waren. Es bildete sich eine starke, schlagkräftige Einheit der Arbeiter, Studenten und Pensionisten. Gemeinsam kämpften sie gegen das Sparpaket und die Regierung Berlusconi. Aber nicht nur in Rom wurde demonstriert, sondern in fast allen Großstädten Italiens. Die Polizisten demonstrieren unter dem Slogan „Wir werden die unterdrückende Kraft des Regimes sein“. Nun scheint es,

als wäre es zu einer einstweiligen Einigung zwischen den Gewerkschaften und der Regierung gekommen. Prompt wurde der angesagte Generalstreik für den 2. Dezember abgesagt und die Arbeitermassen vertrieben. Die Gewerkschaftsführer waren nicht sauer wegen des Sparpakets, sondern nur weil sie nicht in die Verhandlungen einbezogen worden waren. „Den Konflikt hätte er [Berlusconi] sich sparen können. Dem Mann fehlt die Erfahrung“, so Gewerkschaftsboss Colferati. Der Regierung wird das eine Lehre sein. Sie wird beim nächsten Versuch die Gewerkschaftsführung mitzubezwingen und für sich selbst dafür zu erklären, daß die Arbeitermassen still halten. Doch Italien wird nicht zur Ruhe kommen, denn diese Regierung wird zu weiteren Attacken auf den Lebensstandard ausheulen und damit massiven Widerstand von unten provozieren. Dem nächsten Skandal rund um den Rücktritt eines Korruptionssjägers aus der Justiz hat Berlusconi jedenfalls schon am Hals.

Slowakei: Vor Diktatur?

Die Revolution 1989 in der damaligen Tschechoslowakei bei der das stalinistische Regime gestürzt wurde, brachte bei vielen Leuten Euphorie hervor. Demokratie und Wohlstand seien die Zukunft.

von **Martin R.**
AKÖ Wien-Süd

Jetzt, 5 Jahre danach, ist die damalige Euphorie zerbrochen. Kein Wirtschaftswachstum, 17,5% Arbeitslosigkeit und keine Perspektive auf Besserung. Das BIP ist von 7.000 Dollar 1990 auf 5.900 Dollar 1994 gefallen. Die Teilung der Tschechoslowakei schädete der Slowakei wesentlich mehr als Tschechien.

Wahlteufel der Nationalisten

Nach den vorgezogenen Wahlen Anfang Oktober ist die Slowakei von politischer Stabilität weit entfernt. Die Koalition aus konservativen Parteien und der SDL („Reformkommunisten“) erhielt eine deutliche Absage. Premier Vladimír Mečiar, der mit seiner „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ maßgeblich für die Abspaltung des Landes verantwortlich ist, ging mit 35% als Sieger hervor. Er vertrat ein durch und durch populistisches Programm: Privatisierung und soziale Gerechtigkeit durchgesetzt mit nationalistischen Parolen. Der eigentliche Sieger war

aber die „alkommunistische“ Vereinigung der Arbeiter, mit einem relativ kapitalismuskritischen Programm. Sofort nach der Wahl zeigte Mečiar, wie er dem Land Stabilität geben will, durch putschertagiges Betreiben aller wichtigen Positionen (Gescheindienst, Medien, ...) mit seinen Gefolgsleuten. Er stützt seine neue Regierung auf die „Altkommunisten“ und die Rechtsextreme Partei. Die Koalition stützt sich im wesentlichen auf den Mythos, gemeinsam die Interessen „der braven slowakischen Arbeiter und Bauern“ zu vertreten. Alleine die Zusammensetzung der neuen Allianz zeigt: Die neue Regierung hat kein Programm die Probleme der Slowakei zu lösen. Mečiar ist ein Vertreter der Herrschenden und war in schwere Korruptionen verwickelt. Er wird in Zukunft versuchen, noch stärker auf die nationalistiche und autoritäre Karte zu setzen.

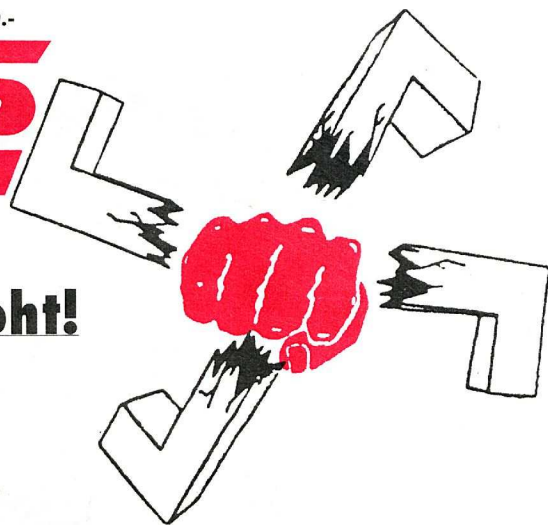
Roma und Sinti

Wie überall auf der Welt versuchen rechtsextreme Gruppen von den eigentlichen Problemen abzulenken. In diesem Fall sind Roma, Sinti und die



eine gesetzliche Regelung für die „illegalen“ getroffen wird. Dies löst am eigentlichen Problem nichts! Der Staatsassismus wird sich in beiden Staaten weiter ausbreiten und rechtsradikale Perspektiven nehmen zu. Die Roma und Sinti aufnehmen zu schicken, in Pamk. Sie traf ein Überkommen mit der tschechischen Regierung, wonach bis Dezember

Profesfaxe an:
ANC minister of justice
0027/122/11708



30.000 von Abschiebung bedroht!

Stoppt Rassismus!



Die neue Bundesregierung wendet sich nicht „nur“ gegen Inländer, auch Ausländer müssen als Sündenböcke herhalten. Der derzeitige restriktive Kurs wird weitergeführt. Welche Handschrift hinter diesen Vorschlägen steckt, ist nicht schwer zu erraten. Zusätzlich zu den Repressionsmaßnahmen im Regierungsübereinkommen wird die Gastarbeiterquote auf 8% gesenkt - 30.000 sind von Abschiebung bedroht.

von **Katja Arthofer;**
AKÖ Wien-Ost

In erster Linie geht es der Bundesregierung um geschlossene Grenzen und - Originalzitate aus dem Regierungsabkommen: um „...effiziente Grenzkontrolle, eigenständiger Grenzdienst der Bundesgendarmerie, weiterhin Assistenzsinsatz des Bundesheeres, Bindung des Aufenthaltstitels an Wohnungs- und Einkommenskriterien“.

Zur „besseren Beweissicherung“ soll ein „nichtdiskriminierendes [?!] Erkennungsmittel (beispielsweise Ausweise) ...“ eingeführt werden. Dieser Punkt ist offenbar einer der wenigen Punkte des FPÖ-Antiausländerverfolgsbegehrens, den die Regierung bisher noch nicht verwirklicht hatte.

Dafür wird aber ein Integrationsbeauftragter und sogar eine Beschwerdekommission im Innenministerium eingerichtet... Sehr nützlich, wenn Flüchtlingen, wie unlängst bekannt wurde, erst am Flughafen ihr ablehnender Bescheid in die Hand gedrückt wird.

Aber auch schon die letzten Jahre

waren durch ausländerfeindliche Gesetze und Erlässe gekennzeichnet. Die Situation von Ausländern in Österreich wurde (und wird) immer erdrückender. Sie zahlen in Fonds (z.B. die Wohnbauförderung und Notstandshilfe) ein, haben aber kein Recht, deren Leistungen zu beanspruchen - denn entgegen einem weit verbreiteten Gerücht, dürfen Ausländer nicht in Gemeindebauwohnungen leben; sie können die Politik des Landes, in dem sie leben, nicht einmal beeinflussen, da sie kein Wahlrecht haben; auf Betriebsebene besteht noch immer keine Möglichkeit für Ausländer, als Betriebsräte zu kandidieren...

**Ausländische Kollegen
geratenlos erpressbar**

Und z.B. durch das Aufenthaltsgesetz werden Ausländer immer mehr erpressbar: Da die Unterschrift des Hausbesitzers und -verwalters am Meldezettel nötig ist, wird diesem die Möglichkeit gegeben, Ausländer, die in einer zu kleinen und sowieso schon teuren Wohnung leben müssen, weiter auszuznemen. Und da für die Verlängerung des Aufenthaltsrechtes

eine geregelte Einkunft nachgewiesen werden muß, kann ein Ausländer dem Unternehmer sicher nicht widersprechen, wenn ihn dieser zu einem sehr niedrigen Lohn weiterbeschäftigt bzw. unbezahlte Überstunden machen läßt. Ausländer zahlen jahrelang Monat für Monat in die Arbeitslosen- und Sozialversicherung ein. Wenn sie aber zum ersten Mal diese Gelder beanspruchen müßten, können sie diese nur beschränkt in Anspruch nehmen, denn sonst würde ihr Aufenthalt sicher nicht verlängert werden.

Asylland Österreich ??

Zur „uneingeschränkten Aufrechterhaltung der Stellung Österreichs als sicheres Asylland“ kann man so einiges anmerken. Daß Österreichs Status als sicheres Drittland immer mehr in Zweifel gezogen wird (z.B. von der UNO), widerspricht diesem scheinheiligen Lippenbekenntnis. Übrigens sieht Österreich alle seine Nachbarstaaten als solche sicheren Drittländer an (ganz klar, wenn man z.B. weiß, wie offen Kroatien bosnischen Kriegsflüchtlinge aufnimmt). Jeder, der bei seiner Flucht einen

Zwischenstopp macht, hat schon keine Chance auf Asyl mehr. Österreich - ein angeblich „sicheres Asylland“ - in dem man aber faktisch nur minimalste Chancen auf Asyl hat. Kommt Flüchtlinge illegal nach Österreich, werden sie in Schubhaft genommen und daß die Zustände dort unbeschreiblich schlecht sind, weiß man aus zahlreichen Berichten über die mangelnde rechtliche, medizinische und hygienische Versor-

te immer wieder behauptet wird, für die wirklich Verfolgten offen steht.

Österreich macht 95 die Grenzen dicht. Höchstens 17.000 Ausländer aus Nicht-EU-Staaten dürfen sich in Österreich niederlassen, 2/3 davon fallen auf Familienzusammenführungen. In der ersten Hälfte 95 kann laut Entwurf Löschnaks kein einziger neuer „Gastarbeiter“ mit einer Aufenthaltstitelbewilligung rechnen.

Die Regierung betreibt eine auslän-



Seht nur! Sie nehmen uns die Wohnungen

gung. Sogar der Verwaltungsgerichtshof hebt der Reihe nach Asylbescheide des Innenministeriums auf, die überdies zum größten Teil aus EDV-gespeicherten Textbausteinen bestehen. 1994 wurden bis Oktober fast 10.000 Menschen aus Österreich abgeschoben, ganzen 444 wurde Asyl gewährt - Österreich das sichere Asylland?? Kaum 6 % der Flüchtlinge haben den Schutz Österreichs bekommen, das, wie von offizieller Sei-

derfeindliche Politik. Die Situation, daß unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen politisch leichtlos gehalten werden und dadurch rechtlos ausgenommen werden können, ist untragbar.

Um dagegen was zu tun, ist es notwendig sich zu organisieren und gemeinsam gegen den staatlichen Rassismus und dessen Nutznießer, die Unternehmer, aufzutreten.